

Bilanz der Kultur- und Medienpolitik in der Verantwortung von SPD und Bündnis 90/Grüne seit 1998

Schwerpunkte und Ergebnisse 2002 - 2005

Kultur

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

- am 3. Juli 2003 Beschluss des Dt. Bundestages in einem fraktionsübergreifenden Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission (BT-Drs. 15/1308)
- im Rahmen dieser, auf zwei Jahre angelegten Enquete-Kommission, die auf deutliches Betreiben der SPD-BT-Fraktion hin zustande kam, soll eine Bestandsaufnahme der einzigartigen Kulturlandschaft Deutschlands erfolgen und Empfehlungen zum Schutz und Ausgestaltung dieser Kulturlandschaft sowie zur Verbesserung der Situation der Kulturschaffenden vorgelegt werden
- zum jetzigen Stand ist die Vergabe von Gutachten weitgehend abgeschlossen und die Phase der Auswertung beginnt bereits
- die Arbeit der Enquete-Kommission erfährt eine große Öffentlichkeit, da angesichts drängender Probleme im Bereich der Kultur und Medien Vorschläge erwartet werden, von denen einige ursprünglich noch in dieser Wahlperiode durch gesetzgeberisches und administratives Handeln des Bundes umgesetzt werden sollten - eine Neueinsetzung der Enquete-Kommission in der kommenden Legislaturperiode ist sinnvoll, um die begonnene Arbeit beenden zu können

Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität

- noch in der 14. WP fordern die Fraktionen der SPD und B90/Grüne in einem Antrag den Beginn eines Dialogs über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen zu beginnen (BT-Drs. 14/9033), wobei dies jedoch als eine europäische Aufgabe zu begreifen ist
- gegen die nationale Verengung auf die geforderte Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin (besonders aktiv hierbei: der Bund der Vertriebenen) setzt die Bundesregierung den Aufbau eines Europäischen Netzwerkes gegen Vertreibungen
- am 2. Februar 2005 wurde in Warschau eine gemeinsame Erklärung über die Gründung des "Europäischen Netzwerkes Erinnerung Solidarität" unterzeichnet (Österreich und Tschechien lediglich als Beobachter anwesend), wodurch zunächst ein gemeinsames Sekretariat ("informelles Büro") in Warschau mit dem Ziel entstehen soll, die Arbeit des Netzwerkes zu beginnen

Denkmal für die ermordeten Juden Europas

- der Dt. Bundestag begleitet den Bau des Denkmals durch seine Mitglieder in der "Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas" intensiv
- Eröffnung des Denkmals am 10. Mai 2005 nachdem der Bau innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmens abgeschlossen wurde

Neuordnung Berliner Kulturförderung: Hauptstadtvertrag/-förderung

- der zweite Hauptstadtvertrag gilt ab 1. Jan. 2004 und ermöglicht bzw. unterstützt die Reform der Berliner Opernhäuser durch die Übernahme der Berliner Förderanteile für die Einrichtungen Akademie der Künste (Gesetzentwurf zur Errichtung der Akademie der Künste, BT-Drs. 15/3350), Stiftung Deutsche Kinemathek und Hamburger Bahnhof

Schlossplatz / Abriss Palast der Republik

- der Dt. Bundestag beschließt am 4. Juli 2002 (BT-Drs. 14/9660), den vorgelegten Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission "Historische Mitte Berlin" für die Nutzung (Bau eines kulturell zu nutzenden Schloß-Nachfolgebaut - "Humboldt-Forum"), Gestaltung und Finanzierung des Berliner Schlossplatzes zu folgen (Bundestagsbeschluss fordert ebenfalls den Abriss und schließt eine Zwischennutzung nicht aus, solange der Abriss nicht erfolgt ist und keine öffentlichen bzw. staatlichen Gelder dafür genutzt werden - strittig)
- eine Arbeitsgruppe unter BKM-Vorsitz kommt zu folgendem Ergebnis (Sept. 2003): 1. Bau eines Schloss-Nachfolgebaut ist derzeit nicht zu finanzieren; daher wird ein auf zwei Jahre befristetes Moratorium vorgeschlagen, um eine solide, seriös kalkulierte Planung für das kulturell zu nutzende „Humboldt-Forum“ zu ermöglichen, 2. möglichst rascher Abriss des Palastes der Republik
- am 13. November 2003 fordert der Dt. Bundestag die Bundesregierung auf, "...den Abriss des Palastes der Republik öffentlich auszuschreiben, zu beauftragen und gemeinsam mit dem Land Berlin für eine gärtnerische Übergangsgestaltung des gesamten Areals zu sorgen" (BT-Drs. 15/2002)
- aktueller Sachstand: die für den Abriss des Palastes notwendigen Mittel (20 Mio. Euro) stehen bereit, der Beginn der Abrissarbeiten verzögert sich aufgrund von Verfahrensfehlern bei der Ausschreibung bis Herbst 2005; die Folgefinanzierung zur Errichtung des Schloß-Nachfolgebaut ist noch ungeklärt, aktuell werden verschiedene Finanzierungsmodelle durch das federführende BMVBW geprüft

Gedenkstättenkonzeption (Neukonzeption kommt nicht zum Abschluss)

- Weiterentwicklung des Gedenkstättenkonzepts unter stärkerer Einbindung der SED-Gedenkstätten
- Schaffung einer zentralen Verbindung für die Gedenkstätten und Dokumentationsorte zum NS-Terror in Berlin in einer Stiftung NS-Gedenkstätten

Sinti- und Roma-Denkmal / Denkmal für die Schwulen und Lesben

- der Bundestagsbeschluss über den Bau des Sinti- und Roma-Denkmal ist erfolgt (BT-Drs. 14/1238), das Geld steht bereit, auch die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund (BKM) und dem Land Berlin ist getroffen, lediglich die Einigung über die Inschrift ist noch nicht zustande gekommen (Ziel von BKM: die betroffenen Gruppen sollen sich auf eine Inschrift verständigen)
- im Juli 2003 legten SPD und B90/Grüne einen Antrag "Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen" (Drs. 15/1320) vor, der am 12. November 2003 mit den Stimmen von SPD, B90/Grüne und FDP gegen die Stimmen der CDU/CSU angenommen wurde; der Bundestag stimmte am 12. Dezember 2003 zu - folgender Sachstand:
 - es besteht bereits eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Bund das Grundstück und die Errichtung des Denkmal betreffend, wonach sich das Land Berlin für die Planung und die Errichtung zuständig zeichnet, der Bund übernimmt die Finanzierung
 - für die Gestaltung des Denkmal wird ein öffentlicher Wettbewerb im Auftrag der Bundesregierung vom Land Berlin ausgeschrieben, erste Ergebnisse im Herbst 2005

Stabilisierung der Künstlersozialversicherung

- die im Juli 2001 novellierte Künstlersozialversicherung bedarf der weiteren finanziellen Stärkung sowie struktureller Anpassungen, die in einem Antrag der Koalitionsfraktionen (BT-Drs. 15/5119) thematisiert werden

Freiwillige Selbstverpflichtung Musik

- Antrag der Koalitionsfraktionen "Für eine Selbstverpflichtung öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunksender zur Förderung von Vielfalt im Bereich von Rock- und Popmusik in Deutschland" (BT-Drs. 15/4521)
- angesichts einer kritikwürdigen Qualität, mangelhafter Förderung junger Nachwuchsmusiker sowie grundsätzlicher fehlender Vielfalt in den Radioprogrammen fordern SPD und B 90/Grüne eine freiwillige Selbstverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Privatanbieter, mehr deutschsprachige und in Deutschland produzierte Rock- und Popmusik, d.h. annähernd 35 Prozent, zu spielen und Nachwuchs zu fördern
- aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers werden die Bundesregierung aufgefordert und die Verantwortlichen der Länder gebeten, Gespräche mit den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunksender zu führen und innerhalb eines Jahres (bis Ende 2005) die Ergebnisse zu prüfen

Medien / Neue Medien

Novellierung Deutsche-Welle-Gesetz

- Gesetzentwurf zur Novellierung des Deutsche-Welle-Gesetzes (BT-Drs. 15/3278) tritt am 1. Jan. 2005 in Kraft und enthält folgende wesentliche Punkte:
- Neufassung der Ziele für die Deutsche Welle,
 - Konkretisierung des Programmauftrags und Effektivierung der Rundfunkautonomie durch Verfahren der Selbstregulierung und Evaluation,
 - Gesetzliche Grundlage für das Online-Angebot der Deutschen Welle,
 - Intensivere Kooperation von ARD, ZDF und anderen Sendern,
 - Mehr finanzielle Planungssicherheit für die Deutsche Welle
- im März 2005 legt die Dt. Welle ihre Aufgabenplanung für die Jahre 2006-2009 in der Form vor, wie sie durch die Novellierung des DW-Gesetzes zu erstellen
- darin ist die Beteiligung des Dt. Bundestages vorgesehen, der neben der Bundesregierung und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme aufgefordert ist, um die in der Aufgabenplanung für die kommenden vier Jahre vorgesehenen Programmziele und Schwerpunktvorhaben in den jährlichen Haushaltsberatungen über den Etat der Deutsche Welle entsprechend beraten zu können

Reform Filmförderung / Novellierung Filmförderungsgesetz

- Annahme des Vierten Änderungsgesetzes zum Filmförderungsgesetz in geänderter Fassung am 13. November 2003 (BT-Drs. 15/1506)
- Inhalt: Stärkung des wirtschaftlichen und kulturellen Erfolgs des deutschen Films im In- und Ausland, namentlich u.a.: Erhöhung des Gesamtfördervolumens der FFA um rund 40 %, Verbesserung der Absatzförderung (Erhöhung der Förderung um über 100%), Stärkung der Eigenkapitalbasis der Produzenten, Flexibilisierung der Förderpraxis
- neben der Novellierung des Filmförderungsgesetzes Fortführung der in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Gespräche im Rahmen des Bündnisses für den Film

- Verbesserung der Außenvertretung des deutschen Films durch Umgründung der Export-Union in German Films Services and Marketing GmbH und verbesserte finanzielle Ausstattung der Außenvertretung des deutschen Films

Informationsfreiheitsgesetz

- am 03. Juni 2005 hat der Deutsche Bundestag des Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen für ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion beschlossen
- wenn der Bundesrat keinen Einspruch einlegt, kann dieses Gesetz am 01.01.2006 in Kraft treten
- mit dem Gesetz werden die Voraussetzungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Journalisten und Journalistinnen geschaffen für den Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen des Bundes
- dieser Zugang zu Informationen kann nur aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses oder des Datenschutzes versagt werden
- mit dem Informationsfreiheitsgesetz setzen wir auch eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um.

EU-Kommunikationsrichtlinienpaket: Novellierung des TKG

- mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, welche im Juni 2004 in Kraft trat, wurden fünf europäische Richtlinien umgesetzt, die ein europaweit einheitliches Recht für den Bereich der elektronischen Kommunikation verwirklichen sollen
- mit dem neuen TKG sollen Innovation und Investition in einer der größten Branchen Deutschlands ermöglicht werden
- das neue Gesetz schafft einen ausgewogenen Ordnungsrahmen und gibt der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post durch eine große Auswahl an Regulierungsinstrumenten einen weiten Handlungsspielraum

Jugendmedienschutz

- am 01. April 2003 sind das neue Jugendschutzgesetz (JuSchG) des Bundes und der Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien der Länder in Kraft getreten
- mit der Reform des Jugendmedienschutzes wird der zunehmenden Konvergenz der Medien Rechnung getragen
- mit der Reform des Jugendmedienschutzes wird verhindert, dass gleiche Inhalte unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen unterliegen
- ebenfalls am 01. April 2003 hat sich die neue Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen

Novellierung des Signaturgesetzes

- Anfang 2005 sind mit dem Gesetz zur Änderung des Signaturgesetzes (1. SigÄndG) eine Reihe von Änderungen des Signaturgesetzes in Kraft getreten
- diese Änderungen wurden vom Bundestag einstimmig beschlossen und zielen darauf ab, das Verfahren für die Erteilung qualifizierter Zertifikate zu vereinfachen und die damit verbundenen Kosten zu reduzieren
- das Signaturgesetz hat erhebliche Bedeutung bei der Errichtung moderner Strukturen für den Geschäftsverkehr in Wirtschaft und Verwaltung

Reform der Medien- und Kommunikationsordnung (kommt nicht mehr zum Abschluss)

- nach der Reform des Jugendmedienschutzes sollen nun in einem zweiten Schritt die bereichsspezifischen Regelungen für den Datenschutz in den elektronischen Medien zusammengeführt und vereinheitlicht werden
- Bund und Länder haben hierzu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich auf den Entwurf eines Telemediengesetzes (TMG) und eines 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrages verständigt hat

Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

- im Zusammenhang mit der Lesung des Medienberichtes der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2005 (Sommer 2005) wollten die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag einbringen, der im Zuge der Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dessen Stärkung angesichts von Digitalisierung und neuen Mediendiensten thematisiert

Interfraktioneller Antrag "Wettbewerb und Innovationsdynamik im Softwarebereich sichern – Patentierung von Computerprogrammen effektiv begrenzen" (Drs. 15/4403)

- auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der CDU/CSU-Fraktion einen interfraktionellen Antrag gegen eine Ausweitung der Patentierbarkeit von Software und von innovationsirrelevanten Logikpatenten erarbeitet und beschlossen
- mit dem Antrag werden die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf, in den weiteren Beratungen verstärkt die Interessen europäischer kleiner und mittlerer Softwareunternehmen und von Open Source-Entwicklungskonzepten zu berücksichtigen

Pressefusionsgesetz

- Begleitung der Verhandlungen zum Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen (BT-Drs. 15/3640) und Betonung des Aspekts Erhalt der Pressevielfalt

Weltgipfel „Informationsgesellschaft“

- Parlamentarische Begleitung des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft im Dezember 2003 in Genf
- Antrag der Koalitionsfraktionen "Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft sichern - VN-Weltgipfel zum Erfolg führen" (BT-Drs. 15/1988), in dem sie die aus ihrer Sicht zentralen Herausforderungen beschrieben und ihre Position im Detail dargelegt haben

Weitere wichtige Ergebnisse

- EU-Verfassung: im Rahmen der Beratungen über die EU-Verfassung wird die Besonderheit kultureller Vielfalt in einem vereinten Europa betont und als Aspekt des europäischen Zusammenwachsens herausgestellt

- Kulturstiftung des Bundes: Konsolidierung der größten Kulturstiftung Europas deren Ziel es ist, besonders innovative Programme und Projekte im nationalen und internationalen Kontext zu fördern; Kontinuierliche finanzielle Förderung trotz Haushaltsenge seit der Gründung der Kulturstiftung des Bundes am 21. März 2002 (12,8 Mio. € in 2002 und 25,6 Mio. € in 2003)
- UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt: aktive Begleitung der zwischenstaatlichen Verhandlungsprozesse und Begrüßung der Initiative zur Schaffung der Konvention durch einen Koalitionsantrag (BT-Drs. 15/3054)
- Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes
- Weiterführung des Masterplans von 1999 für die Museums-Insel: Begleitung der über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehenen Sanierung der Berliner Museumsinsel (Kostenvolumen insgesamt ca. 1 Mrd. Euro)
- GE Bundesstiftung Baukultur (Federführung BMWA): Begleitung der Beratungen
- Dt.-russ. Kulturbeziehungen: erfolgreiche Durchführung der dt.-russ. Kulturbegegnungen in den Jahren 2003/2004 mit nahezu 1.000 Veranstaltungen (beteiligt BKM, AA und russ. Kulturministerium) - daran schließen sich die dt.-polnischen (2005/2006), dt.-ungarischen und dt.-tschechischen Kulturjahre an
- Weitere Sanierung nationaler kultureller Einrichtungen in den neuen Ländern
- Durchführung von Fach- und Expertengesprächen und Vorbereitung von parlamentarischen Initiativen in dem Querschnittsthemenbereich Neue Medien und neue Informations- und Kommunikationstechnologien, beispielsweise zum Thema Open Source, Breitbandtechnologien, e-Cards, VoIP, etc.